

## Beschluss XI. Dresden für alle – eine freie und sichere Stadt

Gremium:

Stadtparteitag

Beschlussdatum:

13.01.2024

Tagesordnungspunkt:

2. Diskussion und Beschluss des Kommunalwahlprogramms

## Text

2177 XI. Dresden für alle – eine freie und sichere Stadt

2178 Die Landeshauptstadt ist eine sichere Stadt – dennoch gilt es, auch von Seiten  
2179 der Stadt immer wieder auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren, die sich aus  
2180 der Sicherheitslage in Dresden und dem Sicherheitsgefühl der Menschen in Dresden  
2181 ergeben. Dabei setzen wir BÜNDNISGRÜNE auf stärkere Prävention statt unsinnige  
2182 Verbote und lehnen unverhältnismäßige Einschränkung von Freiheitsrechten ab. Es  
2183 gilt, stets auch das Agieren der Sicherheitsbehörden kritisch zu beleuchten.

2184

2185 Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN braucht es, insbesondere zur Bekämpfung von  
2186 Jugendkriminalität, eine konsequente Stärkung präventiver Ansätze und zwischen  
2187 den Trägern der Jugend- und Straßensozialarbeit sowie Sicherheitsbehörden  
2188 abgestimmte Strategien.

2189 In Dresden sind in den letzten Jahren die antidemokratischen Tendenzen immer  
2190 sichtbarer geworden. Um den verfestigten rechtsextremen Entwicklungen  
2191 entgegenzutreten, braucht es nicht nur eine Stärkung der Zivilgesellschaft und  
2192 eine lebendige Demokratie, sondern auch eine zeitgemäße Erinnerungskultur als  
2193 Grundlage einer gemeinsamen demokratischen Verortung der Dresdner\*innen.

2194 Kommunale Kriminalprävention voranbringen

2195 Eine starke, breit angelegte und nachhaltige Präventionsarbeit ist der Schlüssel  
2196 zur Kriminalitätsbekämpfung durch kommunale Akteure. Eine weitere Stärkung  
2197 dieser Arbeit ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Kern der kommunalen  
2198 Sicherheitspolitik.

2199 Es gilt daher, die Neuausrichtung des Kriminalpräventiven Rates zu einem  
2200 Kommunalen Präventionsrat mit einem Fokus auf der Prävention zu begleiten. Dabei  
2201 wollen wir auch die städtebauliche Kriminalprävention in Dresden stärken und  
2202 zukünftig für Stadtplanungsvorhaben ein Sicherheitsaudit entwickeln, welches die  
2203 Auswirkung von Bauprojekten auf die Sicherheitslage überprüft und dadurch dazu  
2204 beiträgt, unbelebte Plätze oder unbeleuchtete Wege auch aus Gründen der  
2205 Sicherheit zu vermeiden. Ebenso soll die Vernetzung zwischen den bestehenden und  
2206 neu zu schaffenden Stadtteilrunden und dem Kommunalen Präventionsrat gefördert  
2207 werden.

2208 Als zentralen Punkt für eine wirksame Kriminalprävention gilt es, Freiräume,  
2209 gerade für Jugendliche, stadtweit zu erhalten und zu fördern. Das Fehlen dieser  
2210 Freiräume führt dazu, dass sich auch lärmintensive Aktivitäten auf Straßen und  
2211 Plätze verlagern, bei denen es regelmäßig auch zu Konflikten mit dem  
2212 berechtigten Ruhebedürfnis der Anwohner\*innen kommt. Deshalb werden wir  
2213 BÜNDNISGRÜNE uns für mehr niedrigschwellig nutzbare, nicht kommerzielle und  
2214 selbstverwaltete Freiflächen für Kinder und Jugendliche in Dresden einsetzen und  
2215 deren Erhalt fördern.

2216 Gemeinsam mit der Ordnungsbürgermeisterin werden wir Konzepte entwickeln, um  
2217 Störungen von Anwohner\*innen durch Lärm mittels geeigneter moderierter Prozesse  
2218 zu reduzieren. Diese sollen es ermöglichen, die verschiedenen Vorstellungen zur  
2219 Nutzung von Stadtvierteln stärker zum Wohle der Anwohner\*innen in Einklang zu  
2220 bringen.

2221 Freiheitsrechte auch auf kommunaler Ebene entschieden schützen

2222 Die Freiheit, sich auch im öffentlichen Raum unbehelligt von Eingriffen durch  
2223 die Sicherheitsbehörden aufzuhalten zu können, ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein  
2224 entscheidendes Element einer freiheitlichen Gesellschaft. Deshalb lehnen wir die  
2225 polizeilich-präventive Videoüberwachung genauso als unverhältnismäßigen Eingriff  
2226 in die Bürgerrechte ab wie anlasslose Kontrollen durch Sicherheitsbehörden.  
2227 Ebenso sind für uns die Diskussionen um Alkoholverbote im öffentlichen Raum  
2228 Ausdruck bloßer Symbolpolitik ohne Mehrwert für die Sicherheit der Menschen in  
2229 Dresden. Unverhältnismäßigen Verschärfungen der Dresdner Polizeiverordnung  
2230 erteilen wir daher eine klare Absage. Stattdessen setzen wir auf einen besseren  
2231 Vollzug existierender Regelungen durch die Ordnungsbehörden. Wir verfolgen den  
2232 Ansatz, etwaigen Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig durch Kooperation der  
2233 zuständigen Behörden und der Stadtbezirke mittels Kommunikation und Prävention  
2234 entgegenzusteuern.

2235 Wir BÜNDNISGRÜNE stehen dafür, dass das Ordnungsamt keine Ersatzpolizei sein  
2236 darf. Entsprechend werden wir Befugnisse rein auf die notwendige Erfüllung  
2237 kommunaler Aufgaben begrenzen und lehnen eine weitere Aufrüstung ab. Die  
2238 Mitarbeiter\*innen müssen regelmäßig und verpflichtend hinsichtlich der  
2239 Gewährleistung von Bürgerrechten und im Bereich der interkulturellen Kompetenz  
2240 geschult werden.

2241 Dresden ist weiterhin eine der Hochburgen verfassungsfeindlichen  
2242 Versammlungsgeschehens in Deutschland. Auch wenn die Akteure wechseln, bleibt  
2243 eine der Konstanten die regelmäßige massive Beschneidung der Rechte von Teilen  
2244 des demokratischen Gegenprotestes. Wir BÜNDNISGRÜNE werden uns weiterhin dafür  
2245 einsetzen, dass das Versammlungsrecht in Dresden für alle Protestformen  
2246 gleichermaßen gilt und durchgesetzt wird. Entsprechend werden wir die  
2247 Ordnungsbürgermeisterin bei der Neuaufstellung der Versammlungsbehörde und der  
2248 fortlaufenden Evaluation ihrer Tätigkeit unterstützen. Dazu braucht es einen  
2249 regelmäßigen Austausch der Sicherheitsbehörden mit der Zivilgesellschaft, den  
2250 wir als wichtige Grundlage für eine demokratische Protestkultur etablieren  
2251 werden.

2252 Eine zeitgemäße Erinnerungskultur für eine demokratische Gesellschaft

2253 Nach wie vor ist Dresdens offizielle Erinnerungskultur sehr stark auf die  
2254 Bombardierung im Jahr 1945 ausgerichtet. Wir GRÜNE streiten deshalb weiterhin  
2255 dafür, Dresdens Rolle und Verantwortung während des Nationalsozialismus und der  
2256 Shoah stärker in den Vordergrund zu stellen, um dem Dresdner „Opfermythos“  
2257 entschieden entgegenzutreten.

2258 Dabei muss es auch um Veränderungen an bereits bestehenden Gedenkorten gehen wie  
2259 dem Rondell auf dem Heidefriedhof, welches wir aus historischen Gründen  
2260 erhalten, aber kritisch kontextualisieren wollen. Ein weiteres Ziel ist das  
2261 Zugänglichmachen von anderen Orten wie dem Gelände des ehemaligen Judenlagers  
2262 Hellerberg, in dessen Rahmen auch die Kindergrabanlage auf dem St. Pauli-

2263 Friedhof mit einer Namenstafel versehen werden soll. Den Alten Leipziger Bahnhof  
2264 als Ort der Deportationen wollen wir zukünftig mit einem Gedenkort und einer  
2265 Vermittlungs- und Begegnungsstätte für die Erinnerungsarbeit erschließen. Die  
2266 Pläne für ein NS-Dokumentationszentrum, das Dresdens Rolle während des  
2267 Nationalsozialismus dokumentiert und Vermittlungsangebote für die  
2268 Stadtbevölkerung entwickelt, unterstützen wir. Ebenso setzen wir uns dafür ein,  
2269 dass Dresden ein Jüdisches Museum erhält.

2270 Im neuen Beirat für Erinnerungskultur, der im Jahr 2024 seine Arbeit aufnimmt  
2271 und aus der AG 13. Februar hervorgegangen ist, wollen wir gemeinsam mit  
2272 vielfältigen Vertreter\*innen der Zivilgesellschaft aktiv mitarbeiten. Außerdem  
2273 werden wir die Neufassung des Dresdner Konzeptes für Erinnerungskultur als  
2274 BÜNDNISGRÜNE konstruktiv begleiten.

2275 Neben der Erinnerungsarbeit an Nationalsozialismus und Shoah wollen wir andere  
2276 Aspekte der Dresdner Erinnerungskultur breiter unterstützen. Ergänzend zu den  
2277 verschiedenen zivilgesellschaftlichen Initiativen kommt dabei besonders dem  
2278 Stadtmuseum Dresden eine zentrale Rolle zu. Die wichtige Arbeit des Museums, zum  
2279 Beispiel bei der Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Dresdens, wollen wir  
2280 strukturell und finanziell zukünftig stärker fördern.

2281 Wir setzen uns auch dafür ein, Dresdens plurale und demokratische Vergangenheit  
2282 stärker in der Erinnerungskultur zu betonen. Entsprechende  
2283 zivilgesellschaftliche Impulse werden wir auch zukünftig im Stadtrat  
2284 unterstützen. Außerdem wollen wir mehr Frauen und queere Menschen im Stadtbild  
2285 sichtbar machen, zum Beispiel bei der Benennung von Straßen und Plätzen.

2286 Rechtsextremismus mit einem Gesamtkonzept begegnen

2287 Asylfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus sind in unserer Stadt leider  
2288 Alltag. Dem stellen wir BÜNDNISGRÜNE uns entschieden entgegen und werben für ein  
2289 Dresden mit menschlichem Antlitz, welches die Menschenwürde schützt und  
2290 Weltoffenheit auch im täglichen Miteinander lebt.

2291 Die Ziele der Städtekohäsion gegen Rassismus müssen daher weiterverfolgt und  
2292 umgesetzt werden. Institutionellem Rassismus muss mit professionellen Mitteln –  
2293 wie Weiterbildung – entgegengewirkt werden. Damit Dresden als moderne und  
2294 wertvolle Stadt auch den Fachkräftebedarf decken kann, muss in der Stadt ein  
2295 Klima geschaffen werden, in dem sich Menschen unabhängig von ihrer Herkunft  
2296 willkommen, wohl und sicher fühlen.

2297 Die entscheidende Waffe im Kampf gegen Rechtsextremismus und  
2298 Menschenfeindlichkeit ist und bleibt eine starke Zivilgesellschaft, die unsere  
2299 Demokratie verteidigt und sich rechtsextremen Äußerungen und Aktionen  
2300 entschieden entgegenstellt. Wir stehen als Partei und Fraktion weiterhin an  
2301 ihrer Seite. Deshalb werden wir die demokratische Zivilgesellschaft weiter auch  
2302 aus städtischen Mitteln konsequent und mit einer langfristigen Perspektive  
2303 fördern. Wir werden den Kampf gegen Rechtsextremismus weiter als eine gemeinsame  
2304 Verantwortung aller Institutionen in unserer Stadt begreifen und wollen hierfür  
2305 zusammen mit der Zivilgesellschaft ein entsprechendes Gesamtkonzept erarbeiten.

2306 Unter Einbeziehung von Akteuren der Zivilgesellschaft werden wir deshalb auch in  
2307 Dresden ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und  
2308 demokratiefeindlichen Bestrebungen auf den Weg bringen.